

GR. Thomas Rajakovics

17.02.2005

A N T R A G
zur
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g

Betr.: Schloßberglift

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Erfreulicherweise werden die Aufstiegshilfen auf den Schlossberg, auch auf Grund der Attraktivierung durch das Starke Häuschen und das Cafe Aiola sehr gut angenommen. Es war auch eine vernünftige Entscheidung den Lift für die einfache Fahrt auf 50 Cent zu reduzieren. Allerdings können Verbundkartenbesitzer nicht verstehen, warum ihre Fahrkarten wohl auf der Schlossbergbahn, nicht aber auf dem Lift ihre Gültigkeit besitzen.

Ich richte daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt als 100% Eigentümerin der Grazer Stadtwerke AG möge an diese mit dem Ersuchen herantreten, dass Zeitkartenbesitzer den Schloßberglift wie seit Beginn gratis benützen dürfen. Für jene die nicht bereits eine gültige Zeitkarte besitzen, soll die Regelung für die Einzelfahrt mit 50 Cent beibehalten werden. Darüber hinaus sollen die Grazer Stadtwerke AG bzw. die Grazer Freizeitbetriebe ersucht werden gemeinsam mit Graz Tourismus, dem Magistrat und dem Schloßbergkomitee das bereits andiskutierte Projekt „Schloßberg-Card“ – bestehend aus Parkkarten, Aufstiegshilfen, Museen, Grottenbahn, Gastroeinrichtungen etc. rasch auszuarbeiten und somit eine umsetzbare, sowohl für Tourismus und Wirtschaft als auch für ÖV-Nutzer vorteilhafte Aktion zu setzen.

GR. GR.Ulrike Bauer

17.02.2005

A N T R A G
zur
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g

Betr.: Vorschuljahr für Kinder mit erheblichen sprachlichen Defiziten
Petition an die Bundesregierung

In der Schule stellt Sprache die größte Integrationshürde dar. Sprachkompetenz entscheidet bereits frühzeitig über Erfolg oder Misserfolg im Schul- und Ausbildungsbereich und damit über die Lebens- und Integrationschancen.

Frühzeitige sprachliche Schulung und das Vertrautwerden mit der österreichischen Kultur sind daher erstrebenswert und wichtig. Um für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sowie deutschsprachige Kinder mit erheblichen sprachlichen Defiziten bereits vor dem Schuleintritt die Möglichkeit anzubieten, die deutsche Sprache zu erlernen bzw. Defizite zu beseitigen, sind Sprachförderungsprogramme und integrative Maßnahmen bereits im Vorschulalter sehr empfehlenswert und zielführend.

Sprachliche Kompetenzen von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache und solchen mit erheblichen sprachlichen Defiziten sollten daher ein Jahr vor dem Schuleintritt überprüft werden (vorzeitige Schulreifeüberprüfung) und den angehenden SchülerInnen mit gravierenden sprachlichen Defiziten sollte die Möglichkeit zum Besuch einer Vorschulklasse mit speziellen sprachlichen Förderprogrammen angeboten werden, um diesen Kindern bessere Voraussetzungen bieten zu können.

Älteren Kindern, die erst während der Pflichtschulzeit nach Österreich kommen, sollte zusätzlich zum Gegenstand „Interkulturelles Lernen“ ein gezielter Sprachunterricht in der Schule erteilt werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Um den Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache und solchen mit erheblichen sprachlichen Defiziten einen positiven Schuleinstieg ermöglichen zu können, wird die Bundesregierung aufgefordert, diesen zukünftigen SchülerInnen den Besuch einer Vorschulklasse mit speziellen sprachlichen Fördermaßnahmen anzubieten und zu gewährleisten und älteren PflichtschülerInnen eine zusätzliche sprachliche Förderung zum gezielten Spracherwerb zu erteilen. Diese Maßnahmen sind so zu setzen, dass keine Mehrkosten für die Stadt Graz entstehen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 17. Februar 2005

Gemeinderat: Mag. Andreas Fabisch

Dringlicher Antrag an den Gemeinderat (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betreff: **Petition an den Bundesgesetzgeber – Einführung der Gesamtschule – Senkung der Klassenschülerhöchstzahl**

Dringlichen Antrag:

Der Bildungsdialog ist zu Ende. Reformen werden angedacht. Wie weit wirklich Schritte in Richtung einer zukunftsorientierten Pädagogik gesetzt werden, wird sich weisen. Die geplante Beseitigung der bisher notwendigen Zweidrittelmehrheit für Fragen der Schulorganisation allein sagt noch gar nichts. Zwei Maßnahmen, welche die Bildungskultur, Chancengleichheit und Unterrichtsqualität heben könnten, wurden an diesem Bildungsgipfel kaum erwähnt bzw. rücken in weite Ferne, obwohl sie seit 20 Jahren die Diskussionen um die Schule dominieren:

Die Senkung der Schülerhöchstzahl pro Klasse (die heute noch bei 30 liegt und bei Bedarf sogar auf 36 erweitert werden kann) und die höchst notwendige Einführung der differenzierten Gesamtschule aller 10 – 15jährigen, über deren bildungspolitische Bedeutung in diesem Haus vor einiger Zeit ausführlich gesprochen wurde.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich in einer Petition mit folgenden Forderungen an den Bundesgesetzgeber:

- Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25
- Einführung der differenzierten Gesamtschule für alle 10- 15jährigen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 17. Februar 2005

Gemeinderätin: Ina Bergmann

Dringlicher Antrag an den Gemeinderat

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betreff: **Petition an die Österreichische Bundesregierung sich für die Anerkennung von Kindergärten als Bildungseinrichtungen einzusetzen und die Einführung eines verpflichtenden kostenlosen Kindergartenjahres vor Schulantritt zu überdenken.**

Dringlichen Antrag:

In ganz Österreich herrscht helle Aufregung über das Ergebnis der letzten Pisa-Studie. Die Bundesregierung spricht über eine fällige Bildungsreform. Viele Experten und Meinungen wurden eingeholt - es besteht aber trotz allem die Gefahr, dass wieder nur oberflächliche Veränderungen beschlossen werden und sich an der Situation nicht wirklich etwas ändern wird.

Es ist bekannt, dass Kinder in den ersten Lebensjahren die höchste Lernfähigkeit besitzen und alles in diesen Jahren Erlernte wesentlich den weiteren Bildungsweg entscheiden kann.

Die Kindergärten sind eine wichtige Einrichtung zur Förderung von Kindern und leisten einen wesentlichen Beitrag in der vorschulischen Erziehung.

Die sprachliche Förderung von fremdsprachigen Kindern sowie von österreichischen Kindern ist auch in den letzten Diskussionen um die Pisa-Studie immer wieder ein zentrales Anliegen.

Hervorragende Ergebnisse bezüglich Sprachentwicklung brachten Versuche über Fremdsprachenspiele (z.B. Englisch) in Kindergärten. Kinder, die daran teilnahmen, hatten einfach wesentlich bessere Voraussetzungen in der Schule.

Leider sind diese Versuche immer nur durch engagierte Pädagogen, Eltern und vereinzelt auch durch Gemeindevertreter möglich.

Die Kindergärten in Österreich stehen vor einer sehr schwierigen Situation und können unter den momentanen Rahmenbedingungen nur das Allernotwendigste erfüllen.

Den Gemeinden und Städten stehen immer weniger finanzielle Mittel für diese Aufgabe zur Verfügung, teilweise werden im Land Gesetze beschlossen, welche durchaus für eine Qualitätsverbesserung sorgen – jedoch bei der Finanzierbarkeit werden Städte und Gemeinden vorwiegend allein gelassen.

Die konkrete Gefahr besteht darin, dass in Zukunft die Zahl der zur Verfügung stehenden Kindergartenplätze drastisch sinken wird oder die Kindergartenkosten für Eltern derart steigen werden, dass ein Kindergartenbesuch der Kinder für viele Familien zum Luxus wird.

Wie der zuletzt veröffentlichte Sozialbericht aufzeigte, sind vor allem Mehrkindfamilien immer stärker von Armut bedroht. Die letzten Arbeitslosenstatistiken untermauern noch die Situation.

Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, sich dem Thema „Vorschulische Kinderbetreuung“ nicht zu entziehen und so schnell wie möglich Initiativen zu setzen.

Im Namen der KPÖ Fraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag

der Gemeinderat möge in einer schriftlichen Petition die österreichische Bundesregierung ersuchen

1. im Zuge der Bildungsreform Kindergärten als Bildungseinrichtungen anzuerkennen
2. die Einführung eines verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres vor Schulantritt zu überdenken
3. die finanzielle Absicherung auch von Seiten des Bundes zu gewährleisten.